

Protokoll Nr. 6/2022

über die Sitzung des Ausschusses für Familie, Kindertagesstätten, Schulen und Sport

Mittwoch, 30. November 2022 von 16:30 Uhr bis 19:08 Uhr

Pestalozzi-Schule, 31785 Hameln

Öffentliche Tagesordnungspunkte

Anwesend waren:

Ausschussvorsitz

Kurt Meyer-Bergmann

Ausschussmitglied

Birgit Albrecht

Murat Bas (ab TOP 3 17:14 Uhr)

Uwe Burhenne

Herbert Habenicht

Birgit Hart

Steffen Knippertz

Hagen Langosch

Jürgen Mackenthun

Fabian Zörkendörfer

Es fehlte entschuldigt

Anett Dreisvogt

Christiane Heins (Vertretung der KiTa)

Ulf Hillebrecht (Landessschulbehörde)

Marcel Hoff (Schülervertreter)

Margret Lassel (Seniorenrat)

Dr. Matthias Loeding

Dr. Volker Schöpe (Elternvertretung Schulen)

Katja Schütte

Julia Sinnig (Lehrerververtretung)

Vertretung für Ausschussmitglied

Wilfried Binder für Herrn Dr. Loeding

Fabian Drömer für Frau Dreisvogt

Dorothee Hönke für Frau Schütte

Grundmandat

Hermann Campe

beratendes Mitglied

Maria Bergmann (Vertretung des Sports) (ab TOP 2 16:39 Uhr)

Patrick Bertuleit (pädagogische Vertretung) (ab TOP 3 17:07 Uhr)

Moritz Bökenkamp (Elternvertretung KiTa)

Thomas Haeckel (Stadtjugendring) (bis TOP 7 18:20 Uhr)

Vertretung der Verwaltung

Martina Harms (StR'in)

Bernd Himler (AL 63)

Ilka Jentsch (AL 61)

Dirk Kuhfuß (FBL 6)

Gast

Dr. Endre Kajari (Geschäftsführer Schülerforschungszentrum Hameln-Pyrmont e. V.)

Protokollführung

Viktoria Kinderknecht

Vor Eintritt in die Tagesordnung fand eine Einwohnerfragestunde (ca. 15 Minuten) statt.

Die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit wurden festgestellt.

Vorlage	TOP	Öffentliche Tagesordnungspunkte
	1.	Protokollgenehmigung
185/2022	2.	Berichterstattung des Schülerforschungszentrums Hameln-Pyrmont e.V.
	3.	Antrag der Gruppe SPD/ Bündnis 90/ Die Grünen vom 13.09.2022; Antrag zur langfristigen und nachhaltigen Sicherung der Familien- und Stadtteilbüros mit dem Schwerpunkt der Ortsteile Afferde und die Südstadt in der Stadt Hameln
189/2022	4.	Bericht zur „Haltestelle“ Afferde
	5.	Antrag der Gruppe SPD/ Bündnis 90/ Die Grünen vom 13.09.2022; Antrag zur langfristigen und nachhaltigen Sicherung der Familien- und Stadtteilbüros in der Stadt Hameln
218/2022	6.	KiTa-Bedarfsplanung 2022
223/2022	7.	Beschluss über die Trägerschaft der KiTa Nord
162/2022	8.	Resolution der Stadt Hameln zur Gewährleistung der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter
224/2022	9.	Gemeinsame Schulentwicklungsplanung mit dem Landkreis Hameln-Pyrmont und der Stadt Bad Pyrmont
226/2022	10.	1. Änderung der Entgeltordnung für die schulfremde Benutzung von Sportstätten sowie 2. Änderung der Entgeltordnung über die schulfremde Benutzung von Schulräumen
220/2022	11.	Änderung der Tarifordnung für die Wilhelm Homeyer Musikschule der Stadt Hameln
	12.	Umsetzung des Aufgabenportfolio des Ausschusses für Familie, Kindertagesstätten, Schule und Sport entsprechend dem Haushalt 2022/23
	13.	Berichterstattung Corona
	14.	Mitteilungen der Verwaltung
	15.	Anfragen, Anregungen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder

TOP 1. Genehmigung des Protokolls Nr. 5/2022 vom 07.09.2022

Abstimmungsergebnis:

Ja: 12 Nein: 0 Enthaltung: 0

TOP 2. Berichterstattung des Schülerforschungszentrums Hameln-Pyrmont e.V.

Aus der Aussprache:

Herr Dr. Kajari, Geschäftsführer SFZ, berichtet über die Arbeit des Schülerforschungszentrums Hameln-Pyrmont e.V. (PPT liegt dem Protokoll bei).

Der Ausschuss nimmt den Bericht zustimmend zur Kenntnis und dankt Herrn Dr. Kajari und allen Beteiligten für das große Engagement.

TOP 3.
185/2022

Antrag der Gruppe SPD/ Bündnis 90/ Die Grünen vom 13.09.2022; Antrag zur langfristigen und nachhaltigen Sicherung der Familien- und Stadtteilbüros mit dem Schwerpunkt der Ortsteile Afferde und die Südstadt in der Stadt Hameln

Beschlusstext:

Hiermit stellt die Gruppe SPD / Bündnis 90 / Die Grünen im Rat der Stadt Hameln folgenden Antrag zur Beratung und Beschlussfassung im Fachausschuss, VA und Rat:

Die Verwaltung wird beauftragt,

- 1. die Arbeit der Familien- und Stadtteilbüros in Afferde und in der Südstadt jeweils mit einem Stundenanteil von mindestens 30 Stunden sicherzustellen.**
- 2. die Finanzierung der Arbeit, soweit sie nicht von dritter Seite getragen wird, über den Stellenplan im Haushalt der Stadt Hameln sicherzustellen. Dabei sind vorab alle externen Fördermöglichkeiten zu prüfen und in die Finanzierung der oben genannten Familien- und Stadtteilbüros einzubringen.**

Aus der Aussprache:

Herr Knippertz erläutert ausführlich den Antrag.

Ausschussvorsitzender Herr Meyer-Bergmann schlägt vor, unter dem 2. Punkt des Beschlusstextes die Worte „über den Stellenplan“ zu streichen.

Frau Harms erinnert an die Historie der Familien- und Stadtteilbüros in Afferde und Südstadt und legt die bisherige Finanzierung der beiden Institutionen dar. In beiden Büros ist jeweils eine Stelle mit einem Stundenanteil in Höhe von 20 Wochenstunden für die Stadtteilarbeit eingerichtet. Die Finanzierung des Stadtteilbüros erfolgt durch Mittel der Stiftung Wohnungshilfe der Stadt Hameln, dem Landkreis Hameln-Pyrmont als Träger der Jugendhilfe, Sondermittel der Landeskirche, Spende eines ortsansässigen Unternehmens und der Kirchengemeinde Afferde. Die Landeskirche hat angekündigt, über den 31.12.2023 hinaus sich nicht mehr an dem Projekt beteiligen zu wollen. Dementsprechend würde sich ab dem 01.01.2024 eine Deckungslücke in Höhe von rd. 6.000 € ergeben. Daraus resultierend hat die Kirchengemeinde Afferde angekündigt, die Trägerschaft ab dem 01.01.2024 ebenfalls nicht mehr fortführen zu wollen, wenn eine Verstetigung des Stadtteilprojekts und damit einhergehende gesicherte Finanzierung nicht erfolge. Die Kirchengemeinde könne und wolle das finanzielle Risiko, welches aus ihrer Sicht durch die Finanzierung als Projekt bei ihr liege, nicht mehr tragen. Festzuhalten sei an dieser Stelle aber, dass die Finanzierung des Stadtteilbüros Afferde bis 31.12.2023 gesichert sei.

Frau Harms erklärt, dass sie seit August mit der Kirchengemeinde Afferde, vertreten durch Frau Pastorin Haffke, und dem Landkreis Hameln-Pyrmont im Gespräch sei, um die Möglichkeiten der weiteren Finanzierung des Stadtteilbüros ab dem

01.01.2024 auszuloten und zu besprechen. In diese Gespräche sind auch der Ortsbürgermeister und der stellv. Ortsbürgermeister Afferdes involviert. Bislang gebe es jedoch noch kein konkretes Ergebnis.

Die Trägerschaft für das Familien- und Stadtteilbüro in der Südstadt habe das DRK, erklärt Frau Harms. Vor 14 Tagen habe sie in einem Telefonat mit dem DRK erfahren, dass das DRK über den 31.12.2022 hinaus das Projekt nicht fortführen wolle. Der mit einer permanenten Neubeantragung der Mittel für die Fortführung des Projekts verbundene Aufwand sei für das DRK personell nicht mehr leistbar. Zudem wolle der Verein „Aktion Kinderhilfe e.V. – AkKi“ als einer der drei Fördermittelgeber aus der Finanzierung zurückziehen, um andere Projekte, die genauso förderungswürdig seien, unterstützen zu können. Frau Harms erläutert, dass die übrige Finanzierung durch die Stiftung Wohnungshilfe e.V. und dem Landkreis Hameln-Pyrmont als Träger der Jugendhilfe erfolge. Am 29.11.2022 habe es mit Vertretern des DRK, dem Landkreis Hameln-Pyrmont und der Stadt Hameln bereits ein Gespräch gegeben, um über eine mögliche künftige Finanzierung zu sprechen. Seitens des Landkreises Hameln-Pyrmont wurde erklärt, dass man für 2023 über die ohnehin eingeplanten Mittel keine weiteren zur Verfügung stellen könne. Hinsichtlich einer Finanzierung ab 2024 müsse man noch sprechen.

Frau Harms verdeutlicht, dass man daher in der heutigen Sitzung des Ausschusses überlegen müsse, wie hier ein Übergangsszenario hinsichtlich der Finanzierung des Stadtteilbüros Südstadt geschaffen werden könne, um die unstrittig wertvolle Arbeit des Stadtteilbüros auch hier für 2023 zu sichern. Denkbar sei z.B., dass für die ersten sechs Monate die Finanzierung wie bisher durch die Stiftung Wohnungshilfe, AkKi und dem Landkreis erfolge und für das zweite Halbjahr 2023 eine Finanzierung der noch zu ermittelnden Deckungslücke über den Nachtragshaushalt der Stadt Hameln.

Frau Harms weist darauf hin, dass die Finanzierung beider Stadtteilbüros für die Stadt Hameln eine absolut freiwillige Leistung sei. Zwar gebe es kein Gesetz, welches den Landkreis als Träger der Jugendhilfe unmittelbar zwingt, ein solches Angebot vorzuhalten, allerdings sei mittelbar eine Verpflichtung des Landkreises aus dem Sozialgesetzbuch – Achter Teil – abzuleiten. Die Vorhaltung eines solchen präventiven Angebotes erspare dem Landkreis ansonsten entstehende hohe Aufwendungen für „Reparaturzahlungen“.

In beiden Stadtteilbüros sei bisher auch jeweils ein Familienbüro mit einem Stundenanteil in Höhe von neun Wochenstunden integriert. Die Finanzierung sei bislang durch die Eugen-Reintjes-Stiftung erfolgt, die bekanntermaßen diese Finanzierung mit Ablauf des 31.12.2022 einstellt. Hier stelle sich die Frage, ob und wie dieses Defizit sichergestellt werden soll.

Es schließt sich eine rege Diskussion an, an der sich Vertreter aller Fraktionen beteiligen.

Frau Albrecht beantragt eine kurze Sitzungsunterbrechung, um sich innerhalb der Fraktion zu beraten.

Die Sitzung wird um 17:26 Uhr unterbrochen und um 17:31 Uhr fortgesetzt.

Nach Wiedereintritt in die Sitzung besteht Einmütigkeit, den Beschlusstext unter Punkt 2 wird wie folgt zu ändern:

„...die Finanzierung der Arbeit, soweit sie nicht von dritter Seite getragen wird, über den Haushalt der Stadt Hameln sicherzustellen. Dabei sind vorab alle externen Fördermöglichkeiten zu prüfen und in die Finanzierung der oben genannten Familien- und Stadtteilbüros einzubringen.“

Folgender Satz wird in der Begründung geändert: „Darüber hinaus sollen die Stellen ab dem 01.01.2023 nicht mehr als Projektfinanzierungen, sondern als feste Positionen im **Haushalt** der Stadt Hameln Berücksichtigung finden.“

Der Antrag wird sodann mit o.g. Änderungen einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 13 Nein: 0 Enthaltung: 0

TOP 4. Bericht zur „Haltestelle“ Afferde

Aus der Aussprache:

Frau Harms berichtet, dass das Projekt „Haltestelle“ Afferde im Jahr 2005 aufgrund gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen türkischen und osteuropäischen Jugendgruppen ins Leben gerufen wurde. Die Trägerschaft teilen sich der Verein Spätaussiedler und Deutsche Rückwanderer e.V. (SDR) und der Caritasverband. Die Finanzierung erfolgt unter anderem durch die Stiftung Wohnungshilfe und dem Landkreis Hameln-Pyrmont. Ausweislich der vorgelegten Berichte der beiden Träger werde das Angebot nicht mehr in dem früheren Umfang nachgefragt, eine Intervention der Kostenträger erfolgte aber dennoch nicht. Beide Träger erklärten im Laufe des Jahres 2022 den jeweils voneinander unabhängigen Entschluss, zum 31.12.2022 das Projekt einzustellen. Frau Harms erklärt, dass sich heute die Situation in Afferde deutlich anders darstelle. Dies sei selbstverständlich auch auf die gute Arbeit des Projekts „Haltestelle“ zurückzuführen.

Die Ausschussmitglieder nehmen den Bericht zur Kenntnis.

TOP 5. Antrag der Gruppe SPD/ Bündnis 90/ Die Grünen vom 13.09.2022; Antrag zur
189/2022 **langfristigen und nachhaltigen Sicherung der Familien- und Stadtteilbüros in der Stadt Hameln**

Beschlusstext:

Hiermit stellt die Gruppe SPD / Bündnis 90 / Die Grünen im Rat der Stadt Hameln folgenden Antrag zur Beratung und Beschlussfassung im Ausschuss für Familie, Kindertagesstätten, Schulen und Sport, im VA und im Rat:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein ganzheitliches Konzept für die Weiterführung und Verstetigung der Hamelner Familienbüros zu entwickeln, das den Be-

darf und die Anforderungen in den Orts- und Stadtteilen erfüllt. Zu diesem Zwecke soll eine Arbeitsgruppe aus den politischen Vertreter*innen des Fachausschusses sowie Mitgliedern der Verwaltung einberufen werden.

Der Landkreis wird gebeten, sich an den Prozessen der Arbeitsgruppe intensiv zu beteiligen.

Aus der Aussprache:

Herr Knippertz erläutert sehr ausführlich den Antrag und die Beweggründe der Mehrheitsgruppe für diesen Antrag. Er macht darauf aufmerksam, dass auch hier genau das gelte, was Frau Harms unter TOP 3 zur Verantwortlichkeit des Landkreises im Kontext der Familien- und Stadtteilbüros ausgeführt habe. Seitens der Stadt Hameln sei der Landkreis nachdrücklich aufzufordern, sich seiner großen Verantwortung als Träger der Jugendhilfe bewusst zu sein. Insofern sei der Landkreis bedingungslos in die Pflicht zu nehmen.

Es schließt sich eine kurze Aussprache an, an welcher sich Vertreter aller Fraktionen beteiligen. Der Ausschuss ist sich einig, dem Antrag zustimmen zu wollen.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 13 Nein: 0 Enthaltung: 0

TOP 6.

218/2022

KiTa-Bedarfsplanung 2022

Aus der Aussprache:

Frau Jentsch erläutert den die Stadt Hameln betreffenden Bedarfsplan Kindertagesstätten und Kindertagespflege 2022-2028 des Landkreises Hameln-Pyrmont (PPT liegt dem Protokoll bei).

Herr Habenicht bittet um Auskunft hinsichtlich der Verzögerung des Neubaus der KiTa Tündern. Frau Jentsch antwortet, dass aufgrund der Personalsituation in der KiTa-Abteilung und den bereits angeschobenen sechs gleichzeitigen Bauprojekten zur Schaffung weiterer KiTa-Plätze das Projekt in Tündern nicht zusätzlich geleistet werden könne. Auch solle die Gelegenheit genutzt werden, mit der GS Tündern gemeinsam Ideen zu entwickeln. Allerdings fehle es immer noch an einer rechtlichen Ausgestaltung in Niedersachsen im Hinblick auf den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung an Grundschulen ab 2026/27.

Besonders zu beachten ist, dass der Platzbedarf aufgrund der aktuellen Zuzüge insbesondere von Geflüchteten aus der Ukraine nicht gedeckt werden kann. Auch die geplanten Kapazitätserweiterungen bringen die Stadt, anders als erhofft, in den nächsten Jahren noch nicht ‚vor die Lage‘.

Fragen aus der Mitte des Ausschusses werden von Frau Jentsch beantwortet. Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

TOP 7. **Beschluss über die Trägerschaft der KiTa Nord**
223/2022

Beschlusstext:

Die Stadt Hameln übernimmt die Trägerschaft für die KiTa Nord.

Aus der Aussprache:

Frau Harms erläutert ausführlich den Sachverhalt und skizziert die intensive verwaltungsinterne Diskussion zur Frage einer städtischen Trägerschaft für die KiTa Nord, welche zusammengefasst in der heute vorgelegten Beschlussvorlage wiederzufinden sei und dem Rat anempfehle, die Trägerschaft zu übernehmen.

Der Ausschuss erklärt einmütig, der Beschlussempfehlung folgen zu wollen.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 13 Nein: 0 Enthaltung: 0

TOP 8. **Resolution der Stadt Hameln zur Gewährleistung der Umsetzung des Rechtsan-**
162/2022 **spruchs auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter**

Beschlusstext:

Der Rat der Stadt Hameln verabschiedet die anliegende Resolution zur Gewährleistung der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter und fordert das Land auf, umgehend eine klare Position zur Ausgestaltung des Rechtsanspruches in Niedersachsen zu beziehen.

Aus der Aussprache:

Herr Binder teilt mit, dass die neue Landesregierung das Thema nachdrücklich angehen wolle. Aus diesem Grund sei eine Befassung mit der Vorlage obsolet und könne aus dem Verfahren genommen werden. Diesem Vorschlag stimmt der Ausschuss einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 13 Nein: 0 Enthaltung: 0

TOP 9. **Gemeinsame Schulentwicklungsplanung mit dem Landkreis Hameln-Pyrmont**
224/2022 **und der Stadt Bad Pyrmont**

Beschlusstext:

Die Stadt Hameln betreibt in ihrer Eigenschaft als Schulträgerin für die Sekundarstufen I und II eine gemeinsame Schulentwicklungsplanung mit dem Landkreis Hameln-Pyrmont und der Stadt Bad Pyrmont. Die Verwaltung wird beauftragt, die entsprechenden Schritte einzuleiten.

Aus der Aussprache:

Herr Kuhfuß gibt eine kurze Zusammenfassung und verweist auf die umfangreiche Vorlage. Anschließende Fragen aus der Mitte des Ausschusses werden von ihm beantwortet.

Herr Binder schlägt folgende Ergänzung des Beschlusstextes vor: „Bei der Bearbeitung/Erstellung der Schulentwicklungsplanung soll das zu beauftragende Beratungsbüro eng mit den politischen Vertretern aus den beteiligten Kommunen zusammenarbeiten.“

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wird mit der o.g. Änderung einstimmig beschlossen.

TOP 10.
226/2022

- 1. Änderung der Entgeltordnung für die schulfremde Benutzung von Sportstätten sowie**
- 2. Änderung der Entgeltordnung über die schulfremde Benutzung von Schulräumen**

Beschlusstext:

Die

- 1. Änderung der Entgeltordnung über die schulfremde Benutzung von Schulräumen und die
- 2. Änderung der Entgeltordnung für die schulfremde Benutzung von Sportstätten werden beschlossen.

Aus der Aussprache:

Herr Kuhfuß erläutert den Sachverhalt und bezieht auch die Vorlage 220/2022 mit ein.

Herr Binder merkt an, dass der Beschluss nicht verändert werden müsse, aber im Protokoll explizit aufzunehmen sei, dass die Nutzung der Sportstätten weiterhin für die Vereine kostenfrei bleibt.

Dazu gibt es keinen Widerspruch. Sodann beschließt der Ausschuss ohne weitere Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 13 Nein: 0 Enthaltung: 0

TOP 11. Änderung der Tarifordnung für die Wilhelm Homeyer Musikschule der Stadt Hameln
220/2022

Beschlusstext:

Die Änderung der Tarifordnung vom 20.05.1980 in der ab 01.08.2020 geltenden Fassung für die Wilhelm Homeyer Musikschule der Stadt Hameln wird beschlossen.

Aus der Aussprache:

Ausschussvorsitzender Herr Meyer-Bergmann lässt aufgrund der bereits erfolgten Ausführungen in TOP 10 über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 13 Nein: 0 Enthaltung: 0

TOP 12. Umsetzung des Aufgabenportfolio des Ausschusses für Familie, Kindertagesstätten, Schule und Sport entsprechend dem Haushalt 2022/23

Aus der Aussprache:

Herr Kuhfuß trägt den aktuellen Sachstand des Themenspeichers vor (liegt dem Protokoll bei). Unter dem Punkt „Musikschule“ schlägt er vor, dass ein Arbeitsgespräch am 12.01.2023 stattfinden soll. Hier wolle die Verwaltung den Strukturplan zur Musikschule vorstellen und mit dem Ausschuss diskutieren.

Nachtrag: Eine entsprechende Einladung für den 12.01.2023 um 16:30 Uhr wurde an die Ausschussmitglieder per E-Mail versendet.

Herr Kuhfuß informiert weiterhin, dass am 16.11. ein Termin beim Landkreis stattgefunden habe. Seitens des Landkreises wurde eindeutig erklärt, dass es keine Kreismusikschule geben werde und man sich nur eine verlässliche Unterstützung finanzieller Art vorstellen könne.

TOP 13. Bericht zur aktuellen Corona-Situation

Aus der Aussprache:

Es gibt keine Neuigkeiten zur aktuellen Corona-Situation.

TOP 14. Mitteilungen der Verwaltung

Aus der Aussprache:

Herr Kuhfuß berichtet, dass für das Schulschwimmen kein Hallenbad über die Wintermonate vorgehalten werden könne. Die Verwaltung habe jedoch in Emmerthal und Aerzen erfolgreich Schwimmzeiten generieren können, welche zugegebener Maßen nicht den üblichen Schwimmunterricht kompensieren könnten. Dennoch biete es zumindest den Kindern der jetzigen vierten Jahrgänge die Möglichkeit, das Schwimmen zu erlernen sofern an den Schulen entsprechend befähigte Lehrkräfte vorhanden seien.

Herr Campe fragt nach, ob Coppenbrügge auch bezüglich des Hallenbades angefragt wurde.

Herr Kuhfuß antwortet, dass Coppenbrügge nicht in Betracht gezogen wurde, weil die Grundschule Afferde dort bereits regelmäßig Schwimmzeiten nutze, für die anderen Grundschulen jedoch die Entfernung zu groß sei.

Frau Albrecht teilt mit, dass sie an der GS Rohrsen Probleme habe, Schwimmlehrer für den Schwimmunterricht zur Verfügung zu stellen und regt an, dass der Kreissportbund eine entsprechende Ausbildung für Lehrkräfte anbieten könne.

Frau Bergmann nimmt die Anfrage von Frau Albrecht für den Kreissportbund auf.

Herr Bertuleit macht auf das Dezember-Programm der Jugendarbeit aufmerksam und verteilt die Flyer an die Ausschussmitglieder (legt dem Protokoll bei).

TOP 15. Anfragen, Anregungen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder

Aus der Aussprache:

Herr Habenicht merkt an, dass heute viele beratende Ausschussmitglieder nicht anwesend seien. Besonders kritisiert er, dass die Schülervertretung bisher nur an einer Ausschusssitzung teilgenommen habe.

Frau Albrecht wurde aus der Bevölkerung zugetragen, dass die Sporthallen sehr knapp beheizt werden. Trotz Aufwärm-Übungen frieren die Sporttreibenden dennoch. Hierbei sei nicht nur an Kinder und Jugendliche, sondern auch an Senioren zu denken. Sie regt an, in ein oder zwei Hallen in Hameln die Temperatur zu erhöhen.

Frau Bergmann schließt sich Frau Albrecht an und teilt mit, dass auch bei ihr Beschwerden aufgelaufen seien, dass die Heizung gegen Nachmittag bis auf 12° C heruntergefahren werden. Sie merkt an, dass eine Temperatur von 17° C in den Sporthallen beschlossen wurde, aber behauptet werde, dass 15° C vom KSB beschlossen worden sei. Dies müsse sie aufs Schärfste zurückweisen.

Herr Binder äußert, dass ihn ähnliche Aussagen erreicht hätten. Ggfls. müsse der Beschluss des Rates überdacht werden.

Frau Harms weist darauf hin, dass die Verwaltung ursprünglich vorgeschlagen habe, die Sporthallen auf 17° C zu heizen und die Sporthallen in den Ferien zu schließen. Diesem Vorschlag habe der Rat nicht zugestimmt und stattdessen eine Öffnung der Sporthallen auch während der Ferien, dafür aber eine Absenkung der Temperatur auf 15° C beschlossen. Weiterhin erklärt Frau Harms, dass aufgrund eines technischen Defekts tatsächlich in der Sporthalle der Wilhelm-Raabe-Schule nur 12° C herrschten. Dieser Defekt sei umgehend behoben worden.

Herr Meyer-Bergmann nimmt den Vorschlag von Herrn Binder auf und schlägt vor, dass der Ausschuss die Anregung an die Verwaltungsspitze gibt, den Beschluss dahingehend zu verändern, dass die Sporthallen auf 17° C erhöht werden.

Frau Hart regt an, dass die Heizungen nicht bereits um 15 Uhr ausgeschaltet werden, sondern erst um 20 Uhr oder 22 Uhr.

Frau Bergmann bittet darum, dass der KSB bei Beschlussänderungen informiert wird.

Anmerkung: Sämtliche Anlagen sind über das Ratsinformationssystem unter der Sitzung Nr. 6/2022 vom 30.11.2022 einsehbar.

____gez._____
Martina Harms
Stadträtin

____gez._____
Kurt Meyer-Bergmann
Ausschussvorsitzender

____gez._____
Viktoria Kinderknecht
Protokollführung